

Die Programme sind aktuell in der Ausschreibungs- und Bewilligungsphase. Konkretere Angaben zu einzelnen Vorhaben können daher derzeit nicht erfolgen.

86. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Handelt es sich nach den Erkenntnissen bzw. aus Sicht der Bundesregierung bei dem vom tschechischen Ministerpräsidenten Petr Nečas an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit Schreiben vom 10. November 2011 gemachten Angebot einer öffentlichen Diskussion hierzulande zum tschechischen Atomkraftwerksprojekt Temelin 3 und 4 um einen Erörterungstermin im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung für das Projekt oder lediglich eine verfahrensrechtlich unverbindliche Informations- und Öffentlichkeitsarbeitsveranstaltung, und wird die Bundesregierung gegenüber Tschechien darum bitten, eine solche Veranstaltung hierzulande als verfahrensrelevanten Erörterungstermin im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung zu dem Projekt durchzuführen (bitte mit ausführlicher Begründung)?

**Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin  
Ursula Heinen-Esser  
vom 23. Januar 2012**

Das Angebot von Ministerpräsident Petr Nečas sieht vor, eine Informationsveranstaltung in Deutschland über den Bau von zwei neuen Reaktoren im Kernkraftwerk Temelin durchzuführen. Sowohl die Bundesregierung als auch die bayerische Staatsregierung hatten sich im Rahmen der grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung für einen solchen Termin eingesetzt.

Weder die Espoo-Konvention noch die UVP-Richtlinie (Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung) der Europäischen Union verpflichten Tschechien, einen verfahrensrelevanten Erörterungstermin im Ausland durchzuführen. Die Ausgestaltung des Termins obliegt den tschechischen Behörden. Einzelheiten liegen der Bundesregierung bisher nicht vor. Eine Beurteilung der Verfahrensrelevanz des Termins ist daher derzeit nicht möglich. Die Bundesregierung wird dies jedoch in den anstehenden Gesprächen in angemessener Form thematisieren.

87. Abgeordnete  
**Sylvia  
Kotting-Uhl**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorlagen für die damalige Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Angela Merkel, und persönlich an sie gerichtete Schreiben gab es im Zeitraum erstes Quartal 1996 bis drittes Quartal 1996 zu Endlagerprojekten laut der digitalen Erfassung der Leitungsregistratur des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (bitte mit Angabe der von